

KOMMENTAR

„So viel erreicht wie seit dreißig Jahren nicht mehr“

Seit dreißig Jahren hat kein Berliner Senat so viel erreicht wie der jetzige. Das stellt der scheidende SPD-Abgeordnete Bernd Schimmler in seiner Bilanz für die BERLINER STIMME fest.

Als die Rot-rote Regierung antrat, gab es den Bankenskandal, die ungelöste Frage des Flughafens, Schulden en masse und Subventionen, die nicht mehr zu schultern waren, es gab ein Schulsystem, an dem die Vorgänger- Senate nichts ändern wollten, es gab eine Polizei, die nach vielen Reformen immer unbeweglicher wurde und es z.B. zum 1. Mai Rituale als Randalen in Kreuzberg und vermehrt in Prenzlauer Berg und Friedrichshain, es gab massive Probleme im Strafvollzug und es gab das Versprechen die Bürger stärker an den Entscheidungen der Politik zu beteiligen.

Wie sie sieht es nach fast fünf Jahren rot-roter Regierung bei allen verbliebenen Problemen aus:

- Der Bankenskandal wurde unter souveräner Leitung des SPD-Abgeordneten Frank Zimmermann lückenlos aufgeklärt (Der 900-Seiten-Bericht ist auf der Internetseite des Abgeordnetenhauses abrufbar). Die Kritik der Opposition erschöpfte sich in Kleinkariertem.
- Sämtliche verantwortliche Bankmanager wurden gefeuert.
- Der neue Vorstand hat die Bank saniert und der von der EU geforderte Verkauf verspricht eine fette Einnahme für die Stadt Berlin.
- Die Staatsanwaltschaft hat die wesentlichen Drahtzieher angeklagt, einige wurde bereits verurteilt.
- Die Flughafenplanung wurde zügig umgesetzt. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Planungen letztinstanzlich entgegen den Unkenrufen der CDU gebilligt.
- Die Primärschulden des Landes Berlin wurden reduziert und werden 2007 nicht mehr vorhanden sein. Es bleiben die Altschulden, die kontinuierlich abgebaut werden.
- Subventionen wurden gegen eine große Lobby gekürzt, so die Anschlussförderung für den Sozialen Wohnungsbau. Alle Unkenrufe, dass das Land alle Prozesse verlieren würde, lösten sich in Luft auf, als das Bundesverwaltungsgericht 2006 die Berliner Entscheidung billigte.
- Nebenbei schuf sich Berlin, das modernste Schulgesetz der Republik, dass jetzt alle kopieren - außer Bayern – na gut; die allerdings können die Kinder auch nicht flächendeckend in Kitas und Horten unterbringen. Da muss in München schon mal Oma oder Mutter – eventuell den Job verlassend – ein Jahr aushelfen, bis ein Platz frei wird.
- Der neue Polizeipräsident hat eine neue Struktur geschaffen und erfolgreich die Aufklärungsquote in für Metropolen kaum bekannte Größen erhöht.
- Die Mai-Randale wurde gemeinsam mit den Bürgern vor Ort eingedämmt. Internationale Fernsehteams buchen nicht mehr Berlin, wenn sie brennende Autos filmen wollen.
- Ausländische Gegner unserer verfassungsrechtlichen Ordnung werden ausgewiesen, soweit dies völkerrechtlich möglich ist.

- Immer wenn ein Häftling aus einem Berliner Knast entweicht oder nicht rechtzeitig aus einem Urlaub zurück kommt, schreit die CDU „Gefahr“, „Sicherheitsrisiko“ usw.; aber die Realität ist anders.

In keinem Bundesland gibt es so viele Vollzugslockerungen (begleitete Ausführung, Urlaub, Freigang usw.) wie in Berlin. Über 100.000 Einzelfälle verzeichnet die Statistik; aber im Gegensatz zu anderen Bundesländern ist die Rate der Häftlinge, die Abhauen oder gegen die Regeln verstoßen (z.B. Alkohol) seit der rot-roten Regierung, die konsequent Verstöße ahndet, auf einen Promillebereich gesunken. Zu seligen Diebgen-Zeiten waren dies noch saftige Prozentpunkte (der war übrigens auch noch Justizsenator und bei solchen Vergehen bekanntermaßen nie zurückgetreten), was aber die Opposition immer bei Karin Schubert fordert, wenn auch ein Häftling nicht zurückkehrt, weil er nicht weiß, wie er sein Fremdgehen der Ehefrau erklären soll, die sich in der Anstalt nach seinem Freigang erkundigte.

- Dass die Rechte der Bürger in den Bezirken mit Bürgerfragestunde, Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gefestigt wurde, ebenso wie die Rechte auch der Kommunalvertreter in den Bezirksverordnetenversammlungen, darauf sei nur hingewiesen.
- Gleiches wurde jetzt erst kürzlich für die Landesebene beschlossen. Dieser Regelung allerdings müssen die Bürger noch in einer Volksabstimmung am Wahltag, dem 17. September bestätigen. Wenn die Bürger ihre eigenen Rechte stärken wollen, dann müssten sie in überwältigender Anzahl zur Wahl gehen und wenigstens für die Möglichkeiten der Volksabstimmung stimmen.
- Von solchen Kleinigkeiten, wie dem neuen Hauptbahnhof, der Straßenbahn in der Bernauer Straße, der Aufwertung der Gedenkstätte in der Bernauer Straße, den herausragenden Museumssammlungen im Hamburger Bahnhof oder der Jebensstraße (Sammlung Newton) u.v.m. sei einmal abgesehen.
- Dass sich Sony mit seiner Europazentrale in Berlin ansiedelte, Universal-Musik an die Spree kam, mit MTV und anderen wichtige Produktionen nach Berlin kamen, dass jede Filmproduktion mittlerer Größe etwa tausend Arbeitsplätze in Berlin sichert, sei es Schminke, Stuntmen oder auch nur Catering, vergessen viele Menschen, Berlin Chemie eine eindrucksvolle Erfolgsgeschichte aufzeigte und selbst Scherings- Übernahme-Poker zeigte, welche Potential in dieser Stadt liegt, dies machte erst der rotrote Senat deutlich. Er hat den Kleinkarierten Muff früherer Regierung – auch mit SPD-Beteiligung – überwunden, aber gerade deshalb, weil Sozialdemokraten mit Klaus Wowereit an der Spitze hierzu die Initiative ergriffen.

Das waren nur Ausschnitte aus dem, was der Reformsenat umsetzte.

Deshalb bleibt eines: Es gab keinen Senat seit dreißig Jahren, der soviel von seinem Programm umgesetzt hat!

Und was macht die Opposition:

- Die FDP fordert den Verkauf und die Privatisierung von allem öffentlichen Eigentum. Die unsinnigen Folgen kennen wir! Nicht einmal die CDU stimmt dem zu.
- Die CDU will mehr Geld für alle Gruppen, Verbände, Einzelne usw. ohne zu sagen, woher das Geld kommen soll. Mentalität a la Landowsky: Erst mal ausgeben, beruhigen und dann kriegen wir schon das Geld. Im Zweifel durch Erpressung einer Bundesregierung.
- Die Grünen wollen teilweise noch mehr sparen (100.000 Wohnungen im öffentlichen Bestand reichen, Rest verkaufen) fordern aber gleichzeitig Mehrausgaben für Hartz IV, den Tierschutz, mehr Fahrradwege, sind gegen Straßenausbau, selbst da wo grüne Politiker ihn fordern usw.

Es graust einen, sich zu fragen, wie man mit solchen heterogenen In-sich-Selbstverliebten (vulgo Narzis) Politik machen soll. Koalitionen mit Selbsterfahrungsgruppen wie den Grünen mögen für Psychiater interessant sein, nicht für zielorientierte Politiker.

Deshalb war die Regierung allerdings auch ungewöhnlich erfolgreich. Es gab im Parlament kaum eine Entscheidung der Regierungskoalition, wo nicht entweder die FDP oder die Grünen und manchmal auch die CDU zustimmte. Die CDU war in dieser Legislaturperiode allerdings der Meister der kraftvollen Enthaltung.

Wenn man die jetzige Koalition fortsetzen kann, ist es normal. Wenn nicht, dann müssen sich andere Partner anpassen, an den, der der größere Part ist – an uns Sozialdemokraten! Mit diesem Selbstbewusstsein sollten wir in den Wahlkampf ziehen.

Bernd Schimmler, MdA